

Spinnrad



FORUM FÜR AKTIVE GEWALTFREIHEIT

Zeitschrift des Internationalen Versöhnungsbundes - Österreichischer Zweig



KRIEGSDIENST & VERWEIGERUNG

Nummer 4 | Dezember 2025, € 4,-

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Wehr- bzw. Kriegsdienstverweigerung ist seit der Gründung eines der Kernthemen im Versöhnungsbund. In den letzten Jahren haben wir gemerkt, wie es zunehmend relevanter wird und näher kommt und wie wichtig es ist, das Recht auf Wehrdienstverweigerung konsequent einzufordern: in Friedens-, aber vor allem auch in Kriegszeiten. Niemand darf gegen sein Gewissen gezwungen werden, in den Krieg zu ziehen und andere Menschen zu töten.

In den Artikeln dieses Spinnrads geben wir Einblicke, was es für manche Menschen bedeutet, den Kriegsdienst zu verweigern, welche Gefährdungen, Ungewissheiten und massiven persönlichen Einschränkungen diese Entscheidung zur Folge hat. Gerade weil Verweigerer in ihrem eigenen Umfeld und ihren Gesellschaften oft auf Unverständnis stoßen, ist es umso wichtiger, ihnen zuzuhören und für sie einzustehen.

Lucia Hämmerle (für die Redaktion)

SAVE THE DATE: Friedenswandern

*Angebote für Mitglieder und Freund*innen des Versöhnungsbundes 2026*

12.-14. Juni 2026

Friedenswandern im nördlichen Waldviertel

Information und Anmeldung bei Heinz Spindler

Email: heinz.spindler@aon.at

14.-19. September 2026

Friedenswandern im Socatal

Information und Anmeldung: Pete Hämmerle

<https://www.versoeohnungsbund.at/socatal-2026>

IMPRESSUM (alle anderen ungültig):

Verleger, Herausgeber: Internationaler Versöhnungsbund, österreichischer Zweig (IVB)

Redaktion: Irmgard Ehrenberger, Lucia Hämmerle, Thomas Roithner

Adresse: Lederergasse 23/3/27, A - 1080 Wien;

Tel./Fax: 01/408 53 32;

Email: office@versoeohnungsbund.at

Website: www.versoeohnungsbund.at

Umschlagdesign & Layout: Lucia Hämmerle

Titelbild: Das Deserteursdenkmal bzw. Denkmal für die Verfolgten der NS-Militärjustiz am Ballhausplatz (Wien)

Foto: C.Stadler/Bwag

CC BY-SA 4.0

Inhalt

02 | Editorial, Impressum

03 | 20. Oktober 2025

Tagebuch des Versöhnungsbundes

04 | Kriegsdienst und Verweigerung in Russland

von Stoparmy Bewegung

07 | Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und die Chance auf Asyl

von Artem Klyga

09 | Das Gewissen vor Gericht

Warum türkische Kriegsdienstverweigerer jetzt globale Solidarität brauchen

von Merve Arkun

12 | Deutsches Kabinett beschließt Wehrdienst-Modernisierungsgesetz

von Martin Singe

14 | Ein Gewehr dient dazu, Kriege größer werden zu lassen...

Interview mit Jorge Eduardo Borja

17 | Über die Weigerung zu töten: Anerkennung und Erklärungen

aus Veröffentlichungen der War Resisters' International

19 | Aus unserer Leseliste

Information zu Mitgliedschaft und Abonnement:

▷ Abonnement der Zeitschrift Spinnrad: € 15

▷ Mitgliedschaft: € 50 (erm. € 30, Selbsteinschätzung)

▷ unterstützende Mitgliedschaft: € 250

▷ fördernde Mitgliedschaft: € 500

Gastkommentare müssen nicht mit der Meinung des Redaktionsteams der Zeitschrift Spinnrad übereinstimmen.

Herstellerin: Print Alliance HAV Produktions GmbH, Druckhausstr. 1, 2540 Bad Vöslau;

Verlagspostamt: 1080 Wien

Bankverbindung: Raiffeisen Umweltcenter Gunskirchen
BIC: RZOOAT2L129,

IBAN: AT36 3412 9000 0891 2305

Preis der Einzelnummer: € 4,-

Abonnement: € 15,- (Inland), € 20,- (Ausland)

Für Mitglieder des IVB kostenlos!

TAGEBUCH DES VERSÖHNUNGSBUNDES

20. Oktober 2025

Ein ganzer Tag im Zeichen des Engagements für die Informationskampagne und Lobbyarbeit russischer Kriegsdienstverweigerer & Aktivist*innen auf Betreiben des österreichischen Versöhnungsbundes

Morgens:

Artem Klyga, Jurist aus Moskau und Mitarbeiter von Connection e.V., und **Saša Belik**, Jurist aus St. Petersburg und engagiert bei der Bewegung für Kriegsdienstverweigerung Russland (Stoparmy Movement), werden von uns in Wien willkommen geheißen. Es ist der erste Stopp auf ihrer Tour, auf der sie über den Kriegsdienst und die Rechte von Kriegsdienstverweigerern sprechen. In Österreich ist Wien ihr einziger Auftrittsort – wir freuen uns, dass sie unserer Einladung gefolgt sind und haben ihnen an diesem Tag politische und öffentlichkeitswirksame Termine organisiert.

11:00

Termin im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) in der Abteilung Menschenrechte

„Wir hatten eine interessante Diskussion im BMEIA und konnten von der Situation der jungen russischen Männer und dem Druck sich vertraglich zum Militärdienst zu verpflichten sprechen. Durch den direkten Kontakt konnten wir auch anbieten Informationen zur Bewertung der Situation zur Verfügung zu stellen – wir sind dankbar, dass dieses Treffen vermittelt wurde.“ - Artem Klyga

12:00

Mittagessen mit dem Team des Versöhnungsbundes und Austausch über die bevorstehende Tour, die Situation russischer Kriegsdienstverweigerer im Land und in der EU, sowie mögliche Anknüpfungspunkte in Österreich

13:30

Interview mit „Die Furche“

Wir laden Wolfgang Machreich ins Versöhnungsbund-Büro ein. Er interviewt die Gäste für seinen Artikel „Hinter Kriegsgebrüll spielt ‚Schwanensee‘“, der am 6. November 2025 in Die Furche Nr. 45 erscheint. Der Bericht ist einer der wenigen in der österreichischen Medienlandschaft, der die Situation der Verweigerer in Russland, aber auch nach ihrer Flucht in die EU thematisiert.

15:30

Interview mit dem Friedensbüro Salzburg

Das Friedensbüro nutzt die Chance auf Einblicke in die Situation und die Arbeit von Artem Klyga. Das Gespräch wird im Rahmen des Young Peace Builders Projekts auf der Website „whywar.at“ publiziert: www.whywar.at/projektinformation-young-peacebuilders/

18:30

Öffentlicher Vortrag und Diskussion

Bei dieser Veranstaltung, für die wir als Mitveranstalter die Deserteurs- und Flüchtlingsberatung, die ARGE für Wehrdienstverweigerung & Gewaltfreiheit und die asylkoordination gewinnen konnten, spannen unsere Gäste einen weiten Bogen – von Druck und Zwängen im russischen Militärdienst über Möglichkeiten der Verweigerung, Herausforderungen in ihrer Arbeit durch die Ängste der Menschen hin zur bedeutenden Rolle der Frauen im Einsatz gegen den Krieg. Und immer wieder thematisieren sie auch die Probleme mit dem Aufenthalts- und Bleiberecht in der EU und die Untergrabung des Asylanspruches von Kriegsdienstverweigerern.

Um diese und andere wichtige Arbeit für Gewaltfreiheit weiterhin leisten zu können brauchen wir eure Unterstützung!

... um die Stimmen von friedensengagierten Menschen lauter zu machen,

... um Ideen und Analysen für zivile, gewaltfreie Alternativen anzubieten,

Momentan budgetieren wir für das Jahr 2026 - wir wollen mit unserer Arbeit auch in Zukunft mit voller Kraft aktiv den Frieden fördern und Widerstand gegen die Spirale der Aufrüstung und die Militarisierung leisten. Wir bitten euch, uns mit eurem Beitrag zu helfen, die dafür noch fehlenden Mittel abzudecken!

Online Spendenmöglichkeit:
www.versoennungsbund.at/spenden-fuer-frieden

... um Menschen in ihrem gewaltfreien Tun zu unterstützen und zu vernetzen,

... weil der Frieden eine viel kleinere Lobby hat als die Rüstungsindustrie!

Eure Spende ist absetzbar!

Spenden, die noch vor 31.12.2025 überwiesen werden, können bereits beim Steuerausgleich 2026 berücksichtigt werden! Wir melden die eingegangenen Spenden ans Finanzamt und brauchen von euch dafür einmalig Namen laut Meldezettel und Geburtsdatum!

Kontodaten: Internationaler Versöhnungsbund
AT36 3412 9000 0891 2305





Kriegsdienst und Verweigerung in Russland

Von Stoparmy Bewegung

Die Stoparmy-Bewegung unterstützt seit 2013 russische Kriegsdienstverweigerer. Wir bieten rechtliche und psychologische Hilfe, entwerfen eine sichere, inklusive Gemeinschaft, fördern politische Bildung und treten gegen die Wehrpflicht ein. Seit Februar 2022 haben wir unsere Unterstützung für diejenigen, die von Mobilisierung und Desertion betroffen sind, intensiviert. Unsere Bemühungen wurden mit einer Nominierung für den Friedensnobelpreis 2023, dem Seán MacBride-Friedenspreis 2024 und dem DFG-Baumann-Preis 2024 gewürdigt.

Die Bewegung kann auf eine erfolgreiche Umsetzung von geförderten Projekten verschiedener renommierter Stiftungen zurückblicken. Mit den erhaltenen Mitteln konnten wir bis Ende 2024 folgende Meilensteine erreichen:

- mehr als 1000 aktive Teilnehmer*innen in der Bewegung;
- Bearbeitung von fast 500 Anfragen pro Monat im Zusammenhang

mit Wehrpflicht und Militärdienst über unseren Bot. Am 5. August 2025 führte der russische Geheimdienst eine Durchsuchung der Wohnung von Elena Popova durch und brach die Tür mit einer Axt auf. Nach der Durchsuchung wurde sie festgenommen und vor Gericht gestellt, aber der Richter lehnte den Antrag auf ihre Verhaftung ab und entschied sich stattdessen für die Auflage, das Gebiet nicht zu verlassen (eine Form der bedingten Freilassung). Jetzt befindet sich Elena in einem sicheren Land.

Militarisierung in Russland

Wann begann der Militarisierungsprozess in Russland?

- Die starke Zunahme der Militarisierung in der russischen Politik und Gesellschaft verstärkte sich nach 2000, als der Einfluss von „Sicherheitsbeamten*innen“ (Militär- und Geheimdienstpersonal) in der Regierung deutlich zunahm.
- Die massive Beteiligung von Jugendlichen an pro-militärischen und patriotischen Regierungsorganisati-

onen begann Anfang bis Mitte der 2000er Jahre.

- Besonders hervorzuheben ist die Militarisierung des Bildungssystems, die sich nach 2014 beschleunigte, mit vermehrten staatlichen Programmen zur militärisch-patriotischen Erziehung von Kindern und Jugendlichen.

Propaganda

Wie Propaganda den Krieg in der Ukraine rechtfertigte:

- Seit 2014 haben russische Medien die Ukraine systematisch dämonisiert, ihre Behörden als „Faschist*innen“ und „Nazis“ dargestellt und ihnen Völkermord an russischsprachigen Menschen im Donbass vorgeworfen.
- Die Propaganda diskreditierte die ukrainische Regierung und politische Institutionen und stellte die Ukraine als „Marionette des Westens“ dar.
- Seit 2022 intensivierte sich die Medienberichterstattung rund um den „Schutz Russlands“ vor westli-



VERWEIGERUNG IN RUSSLAND

chen Bedrohungen und die Verteidigung gegen einen fiktiven Faschismus durch eine sogenannte „Anti-Terror-Operation“.

- Es werden historische Parallelen zur sowjetischen und nationalsozialistischen Propaganda bemüht: Schaffung eines Feindbildes, Rechtfertigung von Aggressionen durch falsche Anschuldigungen, Verbreitung von Fehlinformation und Schüren von Angst.

Wie reagieren die Menschen auf Propaganda

- Umfragen zeigen, dass sich nach negativen Entwicklungen (Mobilisierung, Rückschläge an der Front) die Einstellung zum Krieg verschlechtert, aber intensive Propaganda die öffentliche Meinung schnell wieder dreht.
- Ein erheblicher Teil der Bevölkerung vertraut den staatlich kontrollierten Medien und wiederholt die Propagandanarrative und -erklärungen.
- Diejenigen, die den Krieg ablehnen, wandern oft aus oder vermeiden es aufgrund von Repressionen, über das Thema zu diskutieren.
- Die Gesellschaft unterzieht sich einer „Selbstzensur“ und der öffentliche Raum wird durch Druck, Informant*innen und kontinuierliches hartes Durchgreifen gegen abweichende Meinungsäußerungen von alternativen Ansichten gesäubert.

Wehrpflicht bis 2022 und heute

Bis 2022 fanden Einberufungen in Russland zweimal im Jahr statt: im Frühjahr (1. April bis 15. Juli) und im Herbst (1. Oktober bis 31. Dezember). Das Wehrpflichtalter lag zwischen 18 und 27 Jahren, die Dauer der Wehrpflicht betrug 12 Monate.

Seit 2022, während des Krieges gegen die Ukraine und mehrerer Mobilisierungsrunden, wurde die Gesetzgebung geändert. Seit 2024 wurde die Altersobergrenze für die

Wehrpflicht auf 30 Jahre angehoben (wehrpflichtig sind jetzt Männer im Alter von 18 bis 30 Jahren). Ein Einberufungsbescheid bleibt nun ein Jahr lang gültig, ohne dass eine weitere ärztliche Untersuchung für diejenigen erforderlich ist, die nicht sofort einberufen wurden. Die Wehrpflicht wurde zu einem ganzjährigen Prozess (vom 1. Januar bis zum 31. Dezember) umstrukturiert, obwohl die tatsächliche Entsendung von Wehrpflichtigen zu Militäreinheiten nach wie vor hauptsächlich im Frühjahr und Herbst nach den medizinischen Untersuchungen und den Sitzungen der Wehrpflichtkommissionen erfolgt.

Die Strafen für Wehrdienstverweigerung und Verstöße im Zusammenhang mit der Wohnsitzregistrierung wurden erheblich verschärft. Zwar werden Wehrpflichtige nicht offiziell en masse zum Kampf in die Ukraine geschickt, doch wurden vereinzelt Fälle gemeldet, und die Bemühungen der Regierung, Wehrpflichtige für den vertraglichen (beruflichen) Militärdienst zu rekrutieren, wurden intensiviert. So wurde die Wehrpflicht in Russland in den letzten Jahren ausgeweitet, streng reguliert und von den staatlichen Behörden stärker kontrolliert.

Die Zahl der Personen, die einen zivilen Ersatzdienst leisten, stieg von der ersten Hälfte des Jahres 2022 bis zur ersten Hälfte des Jahres 2025 um das 2,2-fache. Die Zahlen in Bezug auf Zivildienstanträge entsprechen dem jedoch nicht. Der Anteil der genehmigten Anträge ist von 50 % auf 25 % aller Zivildienstanträge stark zurückgegangen, der Anteil der Ablehnungen ist von etwa 43 % auf 62 % gestiegen, und die Zahl der Anträge, über die noch nicht entschieden wurde, ist um fast 20 % gestiegen.

Situation in der Armee

Anhaltende Verluste, Willkür in der Befehlsgewalt, Korruption, schlechte medizinische Versorgung, ver-

spätete Zahlungen und die fehlende Rotation aus Kampfgebieten heraus sind die Hauptgründe für den Unwillen Vertragssoldat*in zu werden, sowie für die schlechte Moral unter den Soldat*innen. Soldat*innen leiden unter der harten Disziplin und erleben Verfolgung, wenn sie sich weigern, an Offensiven teilzunehmen, was die Androhung von Hinrichtungen oder Versetzung in Angriffseinheiten miteinschließt.

Unter Vertragssoldat*innen und mobilisiertem Personal nimmt die psychische Erschöpfung zu. Zunehmend versuchen Soldat*innen, aus ihren Einheiten zu fliehen (obwohl sie wissen, dass dies eine Straftat ist) oder verletzen sich absichtlich selbst, nur um nicht in aktive Angriffshandlungen geschickt zu werden.

Vertragssoldat*innen und Personalbindung

Nach Untersuchungen von Medien (iStories und Re:Russia) wurden bis Mitte 2025 etwa 190.000 bis 210.000 neue Verträge unterzeichnet, aber die tatsächlichen Zahlen liegen unter den offiziellen Angaben. Aufgrund regionaler Budgetprobleme kam es im Mai und Juni zu einem starken Rückgang der Rekrutierungen: Die Behörden begannen, die Rekrutierungsprämien zu kürzen, insbesondere in den Regionen Baschkortostan und Samara. Es gibt immer mehr Fälle, in denen mobilisierte und eingezogene Soldat*innen unter Druck gesetzt und unter Androhung von Strafen zur Unterzeichnung von Verträgen gezwungen werden.

Unmöglichkeit der Vertragsbeendigung

Seit 2022 sind die meisten Militärverträge de facto unbefristet. Soldat*innen können auch nach Ablauf ihrer ursprünglichen Vertragslaufzeit nicht entlassen werden; Vertragssoldat*innen haben keine recht-



liche Handhabe für eine Entlassung, außer bei schwerer Verletzung, hohem Alter oder Inhaftierung. Selbst schwer verletzte Soldat*innen müssen oft vor Gericht eine Vertragsauflösung beantragen. Versuche, eine Entlassung zu erwirken, führen oft zu einer „Bestrafung“ durch Versetzung in Angriffseinheiten. Menschenrechtsaktivist*innen bezeichnen dies als „lebenslangen Vertrag“ oder „militärische Leibeigenschaft“.

Zahlungsprobleme

Finanzielle Anreize sind ein wichtiger Motivationsfaktor für den Militärdienst, aber selbst diese verlieren zunehmend an Wirksamkeit. Es kommt häufig zu Zahlungsverzögerungen. Die regionalen Haushalte sind mit Militärausgaben überlastet, Prämien werden gekürzt und Entschädigungen verspätet ausbezahlt. In einigen Regionen werden Zahlungen für Verletzungen oder Todesfälle durch „Sachleistungen“ (Verpflegung oder Güter) ersetzt.

Desertion und Kampfverweigerung

Die meisten Deserteur*innen sind Vertragssoldat*innen und ehemalige Strafgefangene, von denen viele aus Krankenhäusern fliehen oder Ausrüstung sabotieren, um sich der weiteren Teilnahme am Militärdienst zu entziehen. Viele Soldat*innen bewerben sich beim ukrainischen Programm „Ich will leben“ um freiwillige Kapitulation: Allein in der 41. Armee gab es etwa 7.800 solcher Fälle. Interne Strafen für Desertion sind oft außergerichtlich und brutal – einschließlich Folter und Hinrichtungen.

Frauen gegen den Krieg

Der feministische Widerstand gegen den Krieg in Russland ist die größte horizontale Initiative von Kriegsgegner*innen, die nach der großangelegten Invasion der Ukraine im Jahr 2022 entstanden ist. Die

Bewegung agiert über dezentrale Gruppen in vielen Regionen, organisiert Protestaktionen und leistet rechtlichen und psychologischen Beistand für Kriegsoffer. Sie hilft auch bei Evakuierungen, publiziert Anti-Kriegs-Medien und informiert die internationale Gemeinschaft über aktuelle Ereignisse. Die Organisation sah sich wiederholt Verfolgung ausgesetzt – 2025 wurde sie in der Russischen Föderation als „verboten“ erklärt.

Insgesamt ist die allgemeine Anti-kriegsbewegung der Frauen breiter angelegt als die feministische Bewegung: Tausende Mütter, Ehefrauen und Partnerinnen suchen über informelle Gruppen, Chats und Basisinitiativen nach vermissten Soldaten – ihren Freunden, Ehemännern und Söhnen. Frauen sammeln selbstständig Informationen über Gefangene, Tote und Vermisste, beteiligen sich an der Identifizierung von Leichen und sehen sich dabei oft mit bürokratischen und psychologischen Hürden konfrontiert. Die Suche nach Informationen über Vermisste und Verstorbene kann viele Monate dauern. Die wichtigste Leichenhalle zur vorübergehenden Aufbewahrung und ein forensisches Labor befinden sich in Rostow am Don (Südrussland), wohin alle Leichen zunächst transportiert werden. Die Leichenhalle befindet sich seit drei Jahren in einem desolaten Zustand. Die Identifizierung ist zu einem schmerzhaften Prozess geworden: Die Leichen kommen oft ohne Dokumente an, und die Angehörigen müssen regelmäßig zur Leichenhalle fahren, Fotos sichten und manchmal persönlich zur visuellen Identifizierung erscheinen.

Es gibt aber auch einen gegenteiligen Trend unter russischen Frauen: Nicht selten findet man Nachrichten von Frauen, die ihre Ehemänner oder Partner tatsächlich an die Front schicken wollen. Dies spiegelt eine tiefe soziale Krise in Russland wider. Frauenrechtsorganisationen

haben einen Anstieg von Verbrechen (häusliche Gewalt) unter Soldaten festgestellt, die aus dem Krieg zurückgekehrt sind.

Ein anschauliches Beispiel ist die Geschichte von Ekaterina Snigiryo-va aus Rostow am Don, die viele Monate lang die Leichenhalle von Rostow besuchte, um stellvertretend Leichen zu identifizieren und Familien bei der Suche nach Vermissten zu helfen. Die Suche dauert oft Wochen; DNA-Untersuchungen können bis zu einem Jahr in Anspruch nehmen, während Leichen mit fehlerhaften oder unstimulierenden Dokumenten in die Leichenhallen gebracht werden. Ekaterina entwickelte ihre eigenen Methoden: Sie plante ihre Besuche, sammelte Vollmachten und versuchte, pro Besuch mehrere Personen zu identifizieren, um den Prozess zu beschleunigen, wobei sie sich mit medizinischem Personal und Ermittler*innen abstimmt. Jedoch haben ihr die Behörden nun verboten, die Leichenhalle zu betreten und Familien bei der Suche nach im Krieg getöteten Angehörigen zu unterstützen.

Die **Stoparmy-Bewegung** unterstützt russische Einzelpersonen seit ihrer Gründung im Jahr 2013 aktiv bei ihrer Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen. Am 20. Oktober 2025 präsentierte **Saša Belik** die Arbeit der Organisation bei einer Veranstaltung in Wien.





Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und die Chance auf Asyl

Von Artem Klyga

Seit 2018, bevor ich aus Russland nach Deutschland gekommen bin, habe ich als Jurist im Bereich Militärrecht gearbeitet. Es war dort möglich, dass Jurist*innen in lokalen Einberufungskommissionen arbeiten. In dieser Zeit wurde mir bewusst, wie viele Männer im Alter zwischen 18 und 27 Jahren kaum etwas über ihre Rechte in Bezug auf die Wehrpflicht wissen. Vielen war nicht klar, wie die russische Armee funktioniert und was sie in diesem einen Jahr Dienst erwartet.

Zwischen 2020 und 2022 war ich Jurist in einem Moskauer Bezirk und habe mit unseren unabhängigen Abgeordneten zusammengearbeitet. Wir hatten die Möglichkeit, Informationen, Materialien und Leitfäden an lokale Zeitungen zu schicken und viele Männer kostenlos zu beraten. Wir haben mehr als 30 Männern geholfen, nicht nur in der Kommission: Als Vertreter der Militärkommission konnte ich auch vor Gericht gehen und alle Fälle einreichen und dokumentieren.

Das war eine gute Zeit. Aber nach der Mobilmachung 2022 stand ich vor der Entscheidung, ob ich in Russland bleibe oder weggehe. Im September 2022 bin ich nach Usbekistan geflogen. Ich dachte: nur für drei Monate. Jetzt bin ich schon mehr als drei Jahre weg. In Deutschland lebe ich seit 2023. Die damalige Bundesregierung hat ein Aufnahmeprogramm geschaffen, und ich wurde aufgenommen. Zusammen mit ungefähr 1700 anderen Russinnen und Russen erhielt ich internationalen Schutz. Leider hat die neue Regierung unter Friedrich Merz dieses Aufnahmeprogramm beendet.

Ich bin sehr froh, dass ich im März 2025 zu Connection e.V. gekommen bin. Rudi Friedrich, der ehemalige Direktor, suchte jemanden aus Russland, Belarus oder der Ukraine für die Koordination der vielen Anfragen. Bei Connection e.V. kommen jeden Tag fünf bis acht neue Anfragen aus Russland, der Ukraine und Belarus herein. Für das kleine Team war das sehr schwer zu

schaffen, darum wurde ich eingestellt. Wir unterstützen Kriegsdienstverweigerer und Deserteure, machen Lobbyarbeit und koordinieren uns mit internationalen Initiativen. Connection e.V. arbeitet international und nicht nur mit Fällen aus Russland und der Ukraine, sondern z.B. auch aus Israel, aus der Türkei, aus Kolumbien. Wir sprechen über das Recht auf Kriegsdienstverweigerung weltweit.

Die pazifistische Idee erscheint heute in einer großen Krise. Ich sehe das an vielen Beispielen, wo Sicherheit und Wehrpflicht diskutiert werden. Gestern im Zug von Berlin nach Prag saß ein Mann neben mir, der gefragt hat, ob der Brief, den ich öffnete, von der Bundeswehr ist und ob ich dort Dienst leisten will. Das ist eine komische Frage für mich, einen Kriegsdienstverweigerer aus Russland. Aber es zeigt, wie präsent die Diskussion über Wehrpflicht in Deutschland ist. Sie machen Werbeflyer und haben die Idee eine Lotterie einzuführen. Auch gibt es eine enorme Infor-

mationsmobilisierung, nicht nur in den Nachrichten, sondern auch in sozialen Medien, wie Instagram oder TikTok... Die Beiträge sind oft positiv und zeigen romantisierte Vorstellungen der Armee.

Connection e.V. unterstützt Kriegsdienstverweigerer und Deserteure besonders dabei, wie sie ihren Aufenthalt rechtlich absichern. 2022 gab es ein paar politische Willensbekundungen, russischen Verweigerern Asyl zu geben:

Charles Michel vor der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments (6. April 2022):

„Und ich habe nur eine Botschaft an die russischen Soldaten auf dem Schlachtfeld: Wenn ihr nicht daran teilhaben wollt, eure ukrainischen Brüder und Schwestern zu töten, wenn ihr nicht die Absicht habt, Verbrecher zu werden, dann legt eure Waffen nieder, hört auf zu kämpfen und verlasst das Schlachtfeld.

Ich weiß, sehr geehrte Abgeordnete, dass einige von Ihnen vorge schlagen haben, jenen russischen Soldaten Asyl zu gewähren, die sich russischen Befehlen widersetzen. Meines Erachtens ist das ein wertvoller Vorschlag, der weiterverfolgt werden sollte. Jetzt müssen wir alles in unserer Macht Stehende tun, damit diese Gräueltaten ein Ende finden. Wir verschärfen unsere Sanktionen, um den Druck auf den Kreml auf einem maximalen Niveau zu halten.“

Auch rief ein Bündnis von 60 Anti-kriegsinitiativen (darunter das Stop Army Movement, s. S. 4) dazu auf, Mechanismen wie z.B. Aufnahmeprogramme für Kriegsdienstverweigerer zu schaffen. In den Jahren 2023 und 2024 hatte ich dann viele Treffen mit deutschen Vertreter*innen, vor allem im Bundestag und im auswärtigen Amt. Das Ergebnis ist jedoch ernüchternd: Nur 349 von 6.374 russischen Männern im Alter von 18 bis 45 Jahren, die zwischen Anfang 2022 und April 2025 Asyl

beantragt haben, erhielten auch Schutz. Dazu zählen sowohl Flüchtlingsstatus, Asyl wie auch Abschiebungsschutz, nicht alle dieser Antragsteller gelten offiziell als Kriegsdienstverweigerer.

Ich sehe das Problem, dass das Recht auf Kriegsdienstverweigerung im Moment nur ein deklaratives Recht ist. Der UN-Sonderberichterstatter über die Menschenrechtslage in Russland verweist darauf, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte thematisiert es in seinen Urteilen, Menschenrechtsorganisationen und nationale Gerichte sprechen darüber, und z.B. die Kirche in Deutschland unterstützt Kriegsdienstverweigerer durch Kirchenasyl, aber nicht unbedingt die Staaten!

Das ist ein sehr auffälliger Unterschied, wenn man vergleicht, was im Radio oder im Fernsehen gebracht wird – was man sich anschauen sollte, wenn man gerne Angst bekommen möchte – und was das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Deutschland in seinen Bescheiden schreibt, wo sie Russland plötzlich ganz anders, sehr gemäßigt, darstellen und auch russische Propagandamedien als Quellen heranzieht. Während das BAMF also Anträge ablehnt, urteilen die Gerichte nicht so kategorisch, was auch mit einem neuen Verständnis durch Informationskampagnen engagierter Organisationen zu tun hat. Gerichte in Berlin und anderen Regionen haben begonnen, die Risiken für Kriegsdienstverweigerer anzuerkennen und ihnen subsidiären Schutz zu gewähren. Diese Praxis ist noch nicht flächendeckend, aber wir kämpfen dafür, sie zur Regel zu machen.

Es ist jedoch schon eine große Herausforderung überhaupt in die EU zu kommen. Viele Deserteure und Kriegsdienstverweigerer haben keinen Reisepass. Sie haben keine Unterlagen und darum nur die Mög-

lichkeit nach Kasachstan, Kirgisistan oder nach Armenien zu fliegen. In Kasachstan und Kirgisistan kam es dann dazu, dass die russische Militärpolizei Leute gekidnappt hat, darum ist es nicht sicher dort zu bleiben. Von Armenien aus können Deserteure über das Internet mit uns in Verbindung treten und werden von uns beraten.

Meine Kollegen schätzen, dass ungefähr 70 % der Deserteure in Russland bleiben, 25-30 % in Armenien, Kasachstan und Kirgisistan sind und in kleineren Zahlen auch in Staaten, wo Russ*innen kein Visum brauchen, wie etwa Serbien und Montenegro. Organisationen wie Connection e.V. arbeiten auch daran, dass Reisedokumente für Deserteure in Armenien ausgestellt werden. Das ist ein schwieriger und langsamer Prozess. 2024 ist das zum ersten Mal gelungen: Frankreich hat sechs Reisepässe ausgestellt, was einzigartig ist.

Artem Klyga ist Jurist und Menschenrechtsaktivist. Er arbeitet als Fachberater für Osteuropa, bei Connection e.V.

Dieser Beitrag ist eine Zusammenfassung des Vortrags vom 20. Oktober 2025 in Wien, redigiert von Lucia Hämmerle mit Unterstützung von KI-Technologie.





Merve Arkun (links) vor der UNO in Genf

Das Gewissen vor Gericht

Warum türkische Kriegsdienstverweigerer jetzt globale Solidarität brauchen

Von Merve Arkun

In einer Welt, die zunehmend von Krieg, Militarismus, sich wandelnder Sicherheitspolitik und steigenden Militärausgaben geprägt ist, werden die Herausforderungen für diejenigen, die sich eine entmilitarisierte, friedliche Zukunft vorstellen – und sich aktiv dafür einsetzen –, immer größer. Die jüngsten Debatten z.B. um die Wiedereinführung der Wehrpflicht in manchen europäischen Ländern gefährden die jahrzehntelangen Erfahrungen und Errungenschaften der Friedensbewegungen in Europa. In Ländern, in denen Gewaltfreiheit und Kriegsdienstverweigerung durch langjährigen Einsatz einst zur Normalität geworden waren, gefährdet der erneute Fokus auf militärischen Diskurs sowohl die zivilgesellschaftlichen Freiheiten als auch die Menschenrechte.

Angesichts dieser Entwicklungen ist es umso dringlicher, den Blick auf die Realitäten in Ländern zu richten, in denen die Wehrpflicht

nicht nur diskutiert, sondern aktiv durchgesetzt wird – und in denen, anders als z.B. in Österreich, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung überhaupt nicht anerkannt ist. Die Türkei ist nach wie vor das einzige Mitglied des Europarates, das die Kriegsdienstverweigerung nicht als Menschenrecht anerkennt. Hier wird die Verweigerung des Militärdienstes nicht als legitimer Akt des Gewissens behandelt, sondern als strafbare Handlung.

Militarismus, Männlichkeit und die Erschaffung des Bürgers

Um die Unterdrückung der Kriegsdienstverweigerung in der Türkei zu verstehen, muss man die militarierten Grundlagen der Republik betrachten. Seit ihrer Entstehung basiert die türkische Staatsbürgerschaft auf nationaler Einheit und wahrgenommenen Bedrohungen – gemeint sind sowohl interner Dissens als auch externe Feindbilder.

Das Militär spielt eine zentrale Rolle für diese Identität, die im Satz „Her Türk asker doğar“ („Jeder Türke wird als Soldat geboren“) zum Ausdruck kommt. So wird der Wehrdienst nicht nur als Pflicht, sondern als Übergangsritus zur Erlangung der vollständigen Staatszugehörigkeit dargestellt.

Militarismus ist eng mit Patriarchat, Nationalismus und religiöser Symbolik verflochten. Wehrdienstverweigerer werden stigmatisiert, weil sie sich den vorherrschenden Normen von Männlichkeit und nationaler Loyalität widersetzen, während Frauen auf symbolische Rollen als Hüterinnen der nationalen Ehre reduziert werden. Religiöse Narrative heiligen den Militärdienst als etwas Sakrales. Trotz dieses ideologischen Apparats hat sich seit Ende der 1980er Jahre eine politische und soziale Bewegung der Kriegsdienstverweigerung herausgebildet, der sich Frauen, Studierende, Anarchist*innen, Sozialist*innen,



Muslim*innen und kurdische Aktivist*innen angeschlossen haben. Ihr Widerstand stellt die militarisierte Definition von Staatsbürgerschaft in Frage und eröffnet Raum für alternative Vorstellungen von Frieden und staatsbürgerlicher Identität.

Rechtlicher Rahmen und die Falle endloser Strafverfolgung

Nach dem Wehrdienstgesetz müssen alle bei der Geburt als männlich registrierten Bürger im Alter von 20 bis 41 Jahren den Wehrdienst leisten, der in der Regel sechs Monate dauert. Es gibt keine gesetzliche Regelung für eine Erklärung der Kriegsdienstverweigerung und auch keinen zivilen Ersatzdienst. Verweigerer werden unter Anklagen wie „Wehrdienstverweigerung“ oder „Fahnenflucht“ strafrechtlich verfolgt. Routinemäßige Identitätskontrollen führen oft zu Verwaltungsstrafen, die dann zu Strafverfahren werden. Jede Geldstrafe kann zu neuen Verfahren führen, wodurch Verweigerer in einen Kreislauf endloser Strafverfolgung geraten.

Zwar wurde 2019 eine Option für einen kürzeren Dienst eingeführt, diese kostet jedoch eine Gebühr und erfordert eine einmonatige Grundausbildung, weshalb sie für Verweigerer aus ethischen oder religiösen Gründen unzugänglich und ungeeignet ist. Die Anhäufung wiederholter Geldstrafen, Gerichtsverfahren und Haftbefehle schränkt die Bewegungsfreiheit, den Zugang zu Beschäftigung, Bildung und sozialer Sicherheit der Verweigerer stark ein. Dieser Zustand der Ausgrenzung wird allgemein als „ziviler Tod“ bezeichnet.

Ziviler Tod: Die täglichen Kosten der Ablehnung des Militarismus

Der zivile Tod ist keine Metapher – er ist für Verweigerer Realität. In der Praxis bedeutet er, dass man sich



nicht an einer Universität einschreiben kann, in ständiger Angst vor Ausweiskontrollen lebt und weder innerhalb des Landes noch ins Ausland frei reisen kann. Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen können keine Tätigkeiten ausüben, die eine Sozialversicherungsmeldung erfordern; sie sind oft auf informelle, kurzfristige Beschäftigungen beschränkt und können aufgrund einer fehlenden Versicherung von einer Pension nicht einmal träumen. Einigen wird aufgrund ihres ungeklärten Militärstatus der Zugang zur Gesundheitsversorgung verwehrt, andere vermeiden es, Bankkonten in ihrem eigenen Namen zu eröffnen, da die Gefahr besteht, dass diese beschlagnahmt werden. Laut einem Bericht von CO Watch aus dem Jahr 2024 waren die häufigsten Beschränkungen, denen Wehrdienstverweigerer ausgesetzt waren, Einschränkungen in der Bewegungsfreiheit und beim Recht auf Arbeit. Diese ineinandergreifenden Beschränkungen verfestigen die langfristige Marginalisierung und machen eine uneingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nahezu unmöglich.

Diese Ausgrenzung ist kein Zufall, sondern systemisch. Die Weige-

rung des Staates, die Kriegsdienstverweigerung als legitimes Recht anzuerkennen, macht aus Dissens eine lebenslange Strafe. Kriegsdienstverweigerer werden nicht für ihre Taten, sondern für das, woran sie glauben, bestraft. Ihre Weigerung, Waffen zu tragen, wird zum Grund für ihre soziale Auslöschung, wodurch ihnen Sichtbarkeit, Würde und der Zugang zu Grundrechten genommen werden. Sie werden in ihren Rechten quasi unsichtbar, für Überwachungs- und Kontrollmechanismen hingegen werden sie zu Zielscheiben.

Eine gefährliche Entwicklung: Von rechtlicher Schikane zu Haftstrafen

Im Oktober 2025 markierte die Verurteilung mehrerer Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen eine gefährliche Eskalation in der staatlichen Repression. Gerichte verhängen nun häufiger Haftstrafen. Während Freiheitsstrafen früher auch ausgesetzt oder in Geldstrafen umgewandelt wurden, zeigen die jüngsten Urteile eine Entwicklung hin zu aktiver Bestrafung.

Drei symbolträchtige Fälle veranschaulichen diese Veränderung:



VERWEIGERUNG IN DER TÜRKEI

- Kamil Murat Demir wurde vom 1. Strafgericht Tunceli wegen angeblicher „Fahnenflucht“ zu 21 Monaten Haft verurteilt. Das Gericht verwies auf frühere Verurteilungen und eine „Neigung zur Begehung von Straftaten“, um eine Strafmilderung abzulehnen.

- Çınar Koçgiri Doğan erhielt 2023 eine fünfmonatige Haftstrafe, die zunächst ausgesetzt wurde. Im Jahr 2025 führte ein neuer Fall zur Aufhebung der Aussetzung und zu einer erneuten Verurteilung.

- İnan Mayıs Aru, langjähriger Kriegsdienstverweigerer seit 2008, wurde vom 3. Strafgericht in Kütahya zu 15 Monaten Haft verurteilt.

Diese Fälle spiegeln ein systematisches Muster von gerichtlicher Schikane, eskalierenden Strafen und psychischem Druck wider. Die Verlagerung hin zu Freiheitsstrafen ist nicht nur ein rechtliches Problem, sondern eine Menschenrechtskrise.

Conscientious Objection Watch: Widerstand unter Druck

CO Watch ist eine Basisinitiative, die Verstöße überwacht, rechtliche Unterstützung leistet und die Stimmen der Wehrdienstverweigerer verstärkt. Früher war sie als Verein registriert, musste sich jedoch 2022 aufgrund rechtlicher Schikanen aus dem offiziellen Register löschen lassen. Als nicht registrierte Initiative ist ihr Zugang zu Finanzmitteln eingeschränkt und die Risiken in der Arbeit sind höher.

Trotz dieser Einschränkungen veröffentlicht CO Watch zweisprachige Bulletins, dokumentiert Gerichtsverfahren und arbeitet mit internationalen Institutionen wie UN-Gremi-

en, dem Europäischen Parlament und dem Europarat zusammen. Die Initiative koordiniert schnelle Notfallhilfe, Rechtshilfe, öffentliche Kampagnen und länderübergreifende Solidarität, um sicherzustellen, dass Wehrdienstverweigerer angesichts der Unterdrückung nicht allein gelassen werden.

Die Unterdrückung von Kriegsdienstverweigerern in der Türkei ist nicht nur ein innerstaatliches Problem, sondern ein Maßstab für das Engagement der Welt für Frieden und Menschenrechte. Da rechtliche Schikanen zu tatsächlichen Haftstrafen eskalieren, wird die Notwendigkeit einer koordinierten internationalen Unterstützung immer dringlicher. Jede erhobene Stimme, jede geteilte Geschichte und jede Solidaritätsbekundung hat Gewicht. Das Teilen der Berichte von Verweigerern, die Unterstützung von Rechtsbeistand und Nothilfe, der Druck auf Regierungen, die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte einzuhalten, und die Solidarität mit CO Watch und seinen Verbündeten sind wesentliche Stützen. In Zeiten wie diesen ist Solidarität überlebenswichtig.

Internationale Solidarität: Von der Beobachtung zum Handeln

Die Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern in der Türkei ist nicht nur eine interne Angelegenheit – sie ist ein Test für das globale Engagement für Frieden und Menschenrechte. Der Übergang zu tatsächlichen Haftstrafen markiert eine gefährliche neue Phase: Nach Jahren der Marginalisierung ist nun eine aktive Bestrafung eine konkrete Bedrohung. Koordinierte Lobbyarbeit, sichtbare öffentliche Kampagnen und nachhaltige Unterstützung sind

unerlässlich, um den Kreislauf des „zivilen Todes“ zu durchbrechen und das Recht auf Verweigerung der Militarisierung zu schützen.

Internationale Solidarität ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit. Angesichts der zunehmenden Repressionen in der Türkei müssen internationale Akteur*innen entschlossen handeln. Die Unterstützung von CO Watch bedeutet, das Recht auf Ablehnung des Militarismus zu schützen und sicherzustellen, dass diejenigen, die sich für den Frieden einsetzen, nicht isoliert bleiben. Flexible, langfristige Unterstützung ermöglicht Kontinuität und Widerstandsfähigkeit; rechtliche Soforthilfe kann den Unterschied zwischen Schutz und Verfolgung ausmachen.

Solidarität ist nicht symbolisch – sie ist strategisch. Sie erhält den Widerstand aufrecht, schützt Leben und treibt den Wandel voran. In der Türkei, wo Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen mit Strafverfolgung, Ausgrenzung und nun auch Haftstrafen rechnen müssen, ist Solidarität eine Lebensader. Sie zu unterstützen bedeutet, das Recht auf Gewissensfreiheit gegen militariserte Unterdrückung zu verteidigen. Das Recht, Militarismus abzulehnen, ist ein Grundpfeiler des Friedens. Lasst es uns verteidigen – gemeinsam, sichtbar und beharrlich.

Merve Arkun arbeitet als Koordinatorin bei Vicdani Ret İzleme / Conscientious Objection Watch und ist im Vorstand der War Resisters' International, sowie Vizepräsidentin des European Bureau for Conscientious Objection.

Weiterführende Links zu Conscientious Objection Watch:

Letzter Bericht (Foto): <https://vicdaniret.org/conscientious-objection-watch-april-september-2025-bulletin/>

Website: <https://vicdaniret.org/category/english/>

Spendenmöglichkeit: https://en.connection-ev.org/CO_Turkey-form



Deutsches Kabinett beschließt Wehrdienst-Modernisierungsgesetz

Von Martin Singe

Am 27. August 2025 verabschiedete das Bundeskabinett das von Pistorius auf den Weg gebrachte neue Wehrdienst-Modernisierungsgesetz (WModG). Kurz vor dieser Entscheidung war im Juni bekannt geworden, dass die Anforderungen der NATO an die Truppengröße der Bundeswehr zahlenmäßig erheblich höher liegen als bislang gedacht. Die Bundeswehr soll deswegen auf 260.000 (statt aktuell 180-190.000) aktive Soldat*innen und die Reserve von 100.000 auf 200.000 Mann/Frau anwachsen. Deshalb wurden offensichtlich die Zwangsschrauben im Gesetz auch schon vor der möglichen Wiedereinführung der alten Wehrpflicht verschärft angezogen.

Zwangs-Befragungen und Erfassungen

Der laut Gesetz sogenannte „Neue Wehrdienst“ soll zunächst, wie bisher, freiwillig sein, aber die Anreize werden erheblich gesteigert. Als erstes verpflichtendes Element kommt im Gesetz die zwangsweise Befragung aller jungen Männer hinzu, die 18 Jahre alt werden. Sie müssen eine „Bereitschaftserklärung“ hinsichtlich des Wehrdienstes abgeben sowie Fragen zu körperlicher und geistiger Kriegstüchtigkeit beantworten. Junge Frauen erhalten diese Fragebögen auch, aber für sie ist die Beantwortung freiwillig, da sie ja nicht der Wehrpflicht unterliegen. Für die Einbeziehung von Frauen in die Wehrpflicht wäre eine Grundgesetzänderung notwendig, die eine 2/3-Mehrheit erforderte und aktuell nicht absehbar ist.

Männer im Alter von 18-60 Jahren unterliegen ja nach wie vor der Wehrpflicht. Nur der Wehrdienst in Friedenszeiten wurde 2011 ausge-

setzt, § 1 des Wehrpflichtgesetzes (WPfG) ist bis heute in Kraft geblieben: „§ 1 Allgemeine Wehrpflicht (1) Wehrpflichtig sind alle Männer vom vollendeten 18. Lebensjahr an, die Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind und ...“. § 2 lautet aktuell: „Die §§ 3 bis 53 gelten im Spannungs- oder Verteidigungsfall.“ Das ist praktisch der Aussetzungsparagraph, der allerdings eine automatische Wiedergeltung der Wehr- und Kriegspflicht für den Spannungs- und Verteidigungsfall umfasst. Durch das WModG werden einige zentrale Teile des WPfG wieder in Kraft gesetzt, wodurch vor allem die Datenweitergabe von Meldebehörden an die Bundeswehr, Auskunft- und Meldepflichten sowie Erfassungen und Musterungen der Wehrpflichtigen möglich werden.

Die Nichtbeantwortung der neuen Bundeswehr-Fragebögen durch Männer wird als Ordnungswidrigkeit mit Bußgeldern geahndet. Im Wesentlichen bedeutet die Fragebogen-Aktion die systematische Wiedereinführung der vollständigen Wehrerfassung der gesamten Bevölkerung ab Jahrgang 2007. In diese Erfassung sollen später auch peu à peu ältere Jahrgänge einbezogen werden.

Zwangs-Musterungen

Ein weiteres starkes Zwangselement des Gesetzes ist die vorgeschriebene Musterung aller jungen Männer ab 1.7.2027. Bis dahin hat der Staat offensichtlich noch keine hinreichende Erfassung der Betroffenen vorgenommen und noch nicht die weiteren nötigen Voraussetzungen für die Musterung von rund 300.000 Männern jährlich geschaffen. Die Kosten allein für die Musterungen werden im Gesetz mit rund 54 Millionen Euro pro Jahr

beziffert. Die Zwangsmusterungen sollen dazu dienen, einen wachsenden Überblick über alle wehrdienst- bzw. kriegsfähigen Männer zu bekommen. Hierzu heißt es in der Begründung: „Beginnend mit dem Geburtsjahrgang 2008 werden in den nächsten Jahren sukzessive weitere Geburtsjahrgänge einbezogen und einer Verpflichtung zur Abgabe einer Bereitschaftserklärung sowie einer Musterung unterworfen. Damit wird gewährleistet, dass sich das aktuelle Lagebild im Laufe der Zeit auf eine immer größere Anzahl von Wehrpflichtigen erstreckt. Frühere Jahrgänge werden aber auf Grundlage von § 15 Absatz 1 WPfG flächendeckend erfasst, so dass auf die Daten derjenigen Wehrpflichtigen, die vor 2008 geboren wurden, zurückgegriffen werden kann.“ Gegen die Datenweitergabe durch die örtlichen Behörden an die Bundeswehr – aktuell für Werbezwecke – konnte man bislang Widerspruch einlegen. Dies entfällt ab Inkrafttreten des WModG, da die Datenweitergabe und -erfassung – für junge Männer ab 17 Jahren – wieder verbindlich eingeführt wird. Junge Frauen werden der Datenweitergabe weiterhin widersprechen können.

Pauschale Ermächtigung der Regierung zur Wehrdienst- und Kriegsdiensteinführung

Wesentlicher Bestandteil des neuen Gesetzes ist der Ermächtigungs-Paragraph für die Bundesregierung, je nach Bedarf und Lageeinschätzung die alte Wehrpflicht wieder in Kraft zu setzen. Dies würde im Wege einer „Rechtsverordnung“ geschehen, die zwar in diesem Fall der Zustimmung des Bundestages bedürfte, aber weit unterhalb der Anforderungen eines üblichen Ge-



setzesverfahrens liegt. Damit wird die Exekutive weitgehend befugt, über eine Wehrpflicht-Inkraftsetzung zu entscheiden. § 2a WD-ModG ist überschrieben mit „Verordnungsermächtigung“ und lautet: „Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundestages bedarf, anzuordnen, dass ungediente Wehrpflichtige zum Grundwehrdienst nach § 5 einberufen werden, wenn die verteidigungspolitische Lage einen schnellen Aufwuchs der Streitkräfte zwingend erfordert, der auf freiwilliger Grundlage nicht erreichbar ist.“ Die Formulierung „zwingend erfordert“ kommt einem unbestimmten Rechtsbegriff gleich, der die Bestimmtheitsnorm für Gesetze verletzt. Nach aktueller Rechtslage könnte die Wehrpflicht nur mit 2/3-Mehrheit des Bundestages durch Feststellung des Spannungs- oder Verteidigungsfalles wiedereingeführt werden. Diese 2/3-Hürde wird durch die Verordnungsermächtigung umgangen. Diese Ermächtigungsklausel soll zugleich in einer Krisenlage den Spannungsfall quasi herstellen, ohne ihn zu verkünden. In der Gesetzesbegründung heißt es verräterisch: „Der formalen Feststellung des Spannungs- oder Verteidigungsfalles kann auch je nach sicherheitspolitischer Lage eine eskalatorische Wirkung zukommen, die politisch nicht gewollt sein mag.“

„Freiwilligkeit“ - mit ökonomischen Zwängen

Um der „Freiwilligkeit“ nachzuhelfen, werden mit dem Gesetz jede Menge von Anreizen geschaffen, um vor allem Jugendliche aus ärmeren Schichten in die Bundeswehr zu locken. 2.300 Euro netto hat Pistorius wörtlich allen freiwillig Dienenden (Mindestzeit 6 Monate, 12 Monate und länger sind möglich) versprochen, dazu freie Unterkunft, Verpflegung, freies Fahren und mehr. Alle befristet freiwillig dienenden Soldat*innen werden – statt

bisher als „Freiwillig Dienstleistende“ – als Zeitsoldat*innen (SaZ) eingestellt und nun nach dem Bundesbesoldungsgesetz bezahlt. SaZ mit 12 Monaten Mindestverpflichtung können zusätzlich eine Verpflichtungsprämie kassieren. Zu den höheren Zahlungen kommen ggf. Abfindungen bei längeren Dienstzeiten, Unterstützungen für Ausbildung oder Studium, und nicht zuletzt satte 3.500,- Euro Zuschuss zu einem Führerschein. Das sind keine Peanuts, sondern für 18-Jährige extrem hohe materielle Anreize.

Die sogenannte (vorläufige) Freiwilligkeit wird also durch extrem hohe ökonomische Anreize, die in familiären Diskussionen schnell zu Zwängen werden können, befördert. Zudem dürften Bildungschancen oder berufliche Förderungen eigentlich nicht von militärischem Engagement abhängig gemacht werden, wie u.a. der Bundesjugendring zu Recht kritisiert. Diese Anreize und Förderungen könnten sogar geeignet sein, freie Gewissensentscheidungen zu erschweren, wenn nicht zu blockieren.

Zweifel an Verfassungsgemäßheit

Das Wehrdienst-Modernisierungsgesetz ist im Ergebnis rundherum abzulehnen. Im Kern enthält das Gesetz bereits die Rückkehr zur umfassenden Wehrdienstpflicht. Um diese in Kraft zu setzen, bedürfte es nach Inkrafttreten des WD-ModG nicht einmal mehr eines ordentlichen Gesetzes, sondern nur einer Rechtsverordnung der Bundesregierung! Aber nur durch ein Gesetz dürften überhaupt Freiheits-

rechte außer Kraft gesetzt werden, in dem diese Einschränkungen auch ausdrücklich benannt würden. Auch im WDModG selbst werden die damit jetzt schon einhergehenden Grundrechtseinschränkungen (Freiheit der Person, Freizügigkeit u.a.m.) nicht benannt. Somit ist die Verfassungsgemäßheit des WD-ModG insgesamt und insbesondere der Ermächtigungs-Paragraph zur Wehrpflicht-Wiedereinführung zumindest fraglich.

Kriegsdienste verweigern!

Es bleibt zu hoffen, dass sich bereits angesichts der Fragebogenaktion zur Kriegstüchtigkeit viele Jugendliche und junge Männer Gedanken über die Sinnhaftigkeit bzw. Sinnlosigkeit mörderischen Handelns im Krieg machen und zu einer eigenen fundierten Gewissensentscheidung gegen jeden Kriegsdienst mit der Waffe gelangen! Sie können mit der Beantwortung des Fragebogens bei der Motivationsfrage angeben, sich zur Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen entschieden zu haben. Parallel müsste gleichzeitig der Antrag auf dem üblichen Rechtsweg eingereicht werden. Auch die befragten jungen Frauen können den Anreizen des freiwilligen Wehrdienstes jetzt schon widerstehen, den Soldatinnen-Beruf ablehnen und dies via Fragebogen-Rücksendung zum Ausdruck bringen.

Martin Singe ist Redakteur des FriedensForums und aktiv im Sprecher*innenteam der Kampagne "Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt".

P.S.: Nach der 1. Gesetzeslesung gab es Auseinandersetzungen in der Koalition. Man hat sich dann darauf geeinigt, dass statt einer Ermächtigung der Regierung doch ein neues Gesetz für den Fall der Wiedereinführung der Wehrpflicht erlassen werden muss. Es könne sich dann auch um eine Auswahl-Wehrpflicht handeln.

Dieser Artikel erschien ursprünglich in:

FriedensForum 6 / 2025 (Um-)Weltkrisen und ist online abrufbar unter:

<https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/ausgaben/6-2025-um-weltkrisen>





Ein Gewehr dient dazu, Kriege größer werden zu lassen...

Interview mit Jorge Eduardo Borja

Wir danken Ihnen vielmals für Ihre Zeit. Können Sie sich bitte kurz vorstellen? Was waren drei wichtige Stationen in Ihrem Leben?

Ich bin Jorge Eduardo Borja, geboren und aufgewachsen hier in Murri, Kolumbien. Ich bin Präsident der Junta Acción Comunal von Pantanos, ich bin ein Friedensvertragsunterzeichner, ich bin Mitbegründer des Interethnischen Rundtisches für den Frieden in Blanquita Murri.

Im Laufe meines Lebens hatte ich als Präsident des Sozialkomitees der Gemeinden viele Lügen gehört, und so bin ich in den Krieg gegangen, nicht weil ich den Krieg suchte, sondern um Druck für die Rechte der Menschen auszuüben. Enttäuscht von diesem Versuch gründeten wir 2018 den Interethnischen Rundtisch, der einen Gegenentwurf bildet, um all diesem Unheil zu widerstehen, das während der gan-

zen Zeit geschah. Von nun an werden wir also all diese Irrtümer von 35 Jahren wiedergutmachen, indem wir die Versöhnung beim Interethnischen Rundtisch für den Frieden in Murri fördern.

Was waren Ihre Gründe, zur Guerilla zu gehen, was sind Ihre Erfahrungen?

Ich bin in den Krieg eingetreten, als die UP (Unión Patriótica) 1985 gegründet wurde, und ich bin der Partei beigetreten. Nicht mit dem Ziel, zu töten oder zu stehlen, sondern mit dem Ziel der sozialen Veränderung, weil sie die Partei der Arbeiter*innen war und ist. Was passiert ist, dass sich alles zu einer persönlichen Sache für vier oder fünf Personen verändert hat durch Neid und Missgunst. Mir hat es leid getan, dass der Erfolg nicht so war wie erhofft, und alles bei ein paar Personen blieb.

Die Geburt dieses Krieges ist also die Suche nach einer gesellschaftli-

chen Veränderung, durch die Partei der Arbeiter*innen, wie Karl Marx sagt, und wir waren in der Mehrheit damals. Es stellte sich heraus, dass die Arbeiter*innen, die Arbeiterklasse, durch das Elend, durch einen miserablen Lohn oder eine Lüge, die nichts bringt, vereinnahmt worden ist. So also werden wir betrogen, wie zum Beispiel die Lehrer*innen - der Staat versetzt sie in eine Position, wo sie nicht einmal "Muh" sagen können, und einem Lehrer, der dagegen spricht, nehmen sie den Job weg. Das ist eine sehr große Ungerechtigkeit. In der Tat ist die Suche nach Gerechtigkeit für den sozialen Wandel noch immer sehr verworren. Vier Dinge fehlen noch zu seinem Entstehen: Demokratie, Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit, danach müssen wir für einen Wandel suchen.

Warum haben Sie das Friedensabkommen unterzeichnet? Wie ist es dazu gekommen?



Ich war fast 35 Jahre in der Bewegung, von 1983 bis ich dem Friedensvertrag von 2016 beigetreten bin. Der Vertrag beinhaltete die Übergabe der Waffen für einen anerkannten politischen Status. Das ist eine Errungenschaft, aber sie erweist sich als schlecht, weil der politische Status keine Lösung bietet, weil die Vereinbarungen nämlich nicht eingehalten werden.

Von den beschlossenen Vereinbarungen wurde nicht eine erfüllt. Wir stehen also hier bei Null, es gibt viel Nicht-Übereinstimmung. 35 Jahre Kampf für einen sozialen Wandel für das Volk waren nicht erfolgreich. Und was ich noch sagen möchte: der Wandel, den das Land braucht, ist kein Almosen, sondern eine Notwendigkeit.

Was waren Ihre Beweggründe?

Als das Friedensabkommen zustande kam, war ich glücklich. Denn es gab viel Blutvergießen auf beiden Seiten. Ich habe unserem Oberbefehlshaber Trujillo unter vier Augen gesagt: „Wie weit wollen wir noch gehen? Eine Seite tötet die andere und umgekehrt.“ Trotzdem verhielt ich mich ruhig, denn das Eintreten für einen Wandel war die Position der Mutigen. Als das Abkommen klar wurde, sagte eine Mehrheit: „Sie werden uns mit Waffen töten“, und ich sagte: „Wenn man die Waffen gegen einen politischen Status tauscht, bekommt man plötzlich Respekt“. Aber es kann schnell auch anders kommen wie im Jahr 1953, als die Liberalen (Guerillagruppen) die Waffen ablieferten und dem Friedensabkommen beitraten, und jeder, den sie fanden, wurde getötet.

Es gibt also ein Deja-vu, aber nicht in dem Sinn, dass wir zu den Waffen zurückkehren würden, sondern indem wir die Perspektive erweitert haben. Die Regierung ist diejenige, die den Forderungen des Abkommens nicht nachkommt, weil sie es nicht umsetzt, obwohl sie

weiß, dass es für zwei Seiten gilt, beide Seiten verpflichtet. Die Verfassung verpflichtet sie und auch die Abkommen, weil diese nicht schon durch die bloße Übereinstimmung mit der Verfassung erfüllt sind. Das ist meine Antwort.

Welche Rolle spielen die Waffen beider Seiten in diesem Friedensprozess?

Die Regierung hat in der Frage der Waffen Geld fürs Sterben, aber nicht für Entwicklung. Es handelt sich also hier um eine Liebe zum Krieg, um ihn zu unterstützen, nicht zum Gegenteil - als Campesinos/as wollen wir Frieden und Arbeit. Sie kaufen lieber Helikopter und Bomben, es wäre besser, Land zu kaufen und an Campesinos/as oder Ex-Guerilleros/as zu verteilen, weil sie arbeiten und das produzieren, was sie essen. Was produziert ein Hubschrauber? Ausgaben, und noch mehr Ausgaben, und Unordnung, weil ein Helikopter vier Bomben tragen und einsetzen kann und damit nur Unordnung schafft. Und die Bomben für Helikopter sind sehr teuer. Ich sehe darin also eine große Brutalität gegen das Volk selbst. Denn anstatt zu sagen „Frieden, kein Krieg mehr, wir wollen Entwick-

lung“, und mit dem Geld eine Finca kaufen zu können, passiert das nicht und bedeutet für alle Arbeiter:innen in Murri, dass sie keine Arbeit haben. Wir alle, die die Waffen abgegeben haben, sind Zivilist:innen wie alle anderen Zivilist:innen auch. Wenn ich das als Unterzeichner des Friedensvertrags erzähle, gilt es nicht nur für uns, sondern alle sollen arbeiten können. Das wäre meine Position, weil wir ins zivile Leben reintegriert werden wollen durch Versöhnung, mit Reue und Teilen.

Was kann der Interethnische Runder Tisch für einen Beitrag zum Frieden leisten und wie?

Im Moment der Planung und des Entstehens der Casa Madre war und bin ich sehr froh und zufrieden, weil der vergangene Krieg als Kontrapunkt den Interethnischen Runder Tisch für den Frieden in Blanquita Murri hervorgebracht hat. Wenn wir also erfolgreich sind, wenn wir die Waffen aufgeben und uns versöhnen, ist der Interethnische Runder Tisch die fundamentale Basis uns zu einigen, neu zu beginnen und den Krieg zu vergessen. Aber es fehlt noch etwas: wenn wir im Frieden leben wollen, müssen wir verbunden



Jorge Eduardo Borja

sein mit einem Dach und einer Arbeit. Ein Mensch, der ein kleines Haus und ein Stück Land zum Bearbeiten besitzt, ist bereits grundsätzlich auf der Seite des Friedens, weil er/sie Yucca, Bananen und Mais anbaut und so zu essen hat. Aber wenn ich kein Häuschen und kein Land habe, bin ich im Krieg, weil ich an Hunger und an dieser ganzen Verzweiflung leide.

Gibt es konkrete Beispiele des Runden Tisches dafür?

Seit der Gründung der Casa Madre haben wir einige sehr klare Beispiele:

1. die Durchführung einer medizinischen Mission in Mandé, Altas de Murri. Als die Malaria unter der schwarzen Bevölkerung grassierte, konnte eine medizinische Mission mit dem Helikopter in das entlegene Gebiet gebracht werden zur Bekämpfung der Krankheit

2. die Reparatur der Straße von Frontino nach Murri mit einem Budget von rund 300.000 Euro, und der Bau der Zufahrt zur Casa Madre

Das sind zwei sehr greifbare Beispiele, wie wir auf dem Weg zum Wohlergehen voranschreiten. Damit ist noch nicht alles angesprochen, es gibt noch weitere Punkte wie verbesserte Ausbildung oder die Guardias Indigenas, insgesamt eine ganze Menge Sachen, die zusammen eine große Menge an erreichten Wohltaten ausmachen. Zählt man die gesamten Kosten zusammen, kommt man auf etwa 2,5 Millionen Euro. Das ist ein immenser Erfolg, weil ich einer derjenigen war, der nicht abschätzen konnte, wie weit uns das bringen würde. Ich sagte, das ist schmutzige Politik, das bleibt beim Blabla, aber ich wurde eines Besseren belehrt. Dass wir langsam voranschreiten müssen, muss ich noch hinzufügen. Dass dieser Prozess sehr langsam ist, macht ihn wertvoll, und ein Prozess hat viele Fallstricke und viele

Stolpersteine, deshalb müssen wir Strategien anwenden, die uns erfolgreich zum Triumph führen.

Als Rundtisch träumen wir davon, dass wir mehr als nur vier oder fünf Mitglieder im Zentrum sind, und dass wir ihn zu einem dauerhaften Raum, einer Einrichtung, machen können, weil viele bewusste Menschen einen Gewinn darin sehen sich zusammenzuschließen. Es ist nicht einfach, einen Campesino, der sich nicht gut ausdrücken kann oder demoralisiert ist, dafür zu gewinnen. Man muss nämlich heute mit der Arbeit an diesem Traum beginnen, das Ergebnis wird sich aber erst morgen einstellen. Es ist sehr schwierig zu vermitteln, dass man ein Bewusstsein dafür entwickeln muss, dass es um einen Prozess geht und man einen langen Atem braucht. Wir schlagen einen langfristigen Prozess vor, das ist nicht einfach, aber auch nicht unmöglich – aber ja, man muss daran arbeiten.

Was für eine Botschaft haben Sie für Menschen in Österreich, in Europa?

Folgendes ist eine Täuschung: Wenn jemand Krieg nicht ausprobiert hat, glaubt man, man gibt zwei oder drei Schüsse ab und tötet damit ein bis zwei Personen. Und im Grunde ist es ein sehr großer Irrtum zu glauben, wenn ein Schuss fällt, tötet er eine Person, weil nämlich 50 oder 100 Leute weinen. Schaut

also, was ich gemacht habe: eine/n habe ich getötet, und mindestens 50 habe ich dadurch verletzt. Was folgt daraus? Das ist nicht der Weg.

Ein Gewehr dient also dazu, Kriege größer werden zu lassen. Das ist der Schlüssel. Heute haben wir ein Gesetz, das Justicia Especial para la Paz (JEP, Übergangsjustiz) heisst. Niemand will sein Gesicht zeigen, weil wenn wir vom Plan abweichen, wenn wir uns von dem entfernen, was zu tun ist, vertrauen wir wieder auf Waffen, aber wenn wir einen Dialog beginnen wie wir hier, kommen wir viel weiter und zwar ohne Opfer zu haben. Ich kann dir nicht das Recht absprechen, einen Fehler zu machen, denn wenn du ihn machst, mache ich ihn auch und sie auch. Und der Tod ist keine Strafe, weil den Tod haben wir alle vor uns. Wer aber tatsächlich durch den Tod bestraft wird, ist die Familie des Opfers, die nichts dafür kann – so ist es.

Vielen Dank!

Das Interview mit Jorge Eduardo Borja führten Pete Hämmerle und Michaela Söllinger während einer Begleitung des Rundtisches im Mai 2025

Im Zuge des Friedensabkommens 2016 zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-EP (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) wurde ein großer Teil der ehemaligen Guerilleros/as ins zivile Leben integriert. Einige ließen sich im Gemeindegebiet von Blanquita Murri im Westen des Departamento Antioquia nieder, von denen ein Teil zu den Mitbegründer:innen des Interethnischen Rundtisches gehören.

Der Rundtisch wurde als Initiative von Vertreter:innen der indigenen Embera, der afro-kolumbianischen Bevölkerung und der Campesinos/as der Gemeinde gegründet. Seine Aktivitäten konzentrieren sich in der Casa Madre, dem "Mutterhaus", das einerseits einen physischen Versammlungsort bezeichnet, darüber hinaus aber auch das Selbstverständnis der Gemeinschaft im gesamten Lebensraum (Territorio) zum Ausdruck bringt.



Über die Weigerung zu töten: Anerkennung und Erklärungen

aus Veröffentlichungen der War Resisters' International

Zwei aktuelle Berichte innerhalb von UN-Gremien haben erneut bestätigt, dass das Recht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen ein wesentlicher Bestandteil des Rechts auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit ist.

Bericht der Sonderbericht- erstatte(r)in für Religions- und Glaubensfreiheit⁽¹⁾

In ihrem jüngsten Bericht (Juli 2025, Anm. der Übersetzerin) an die UN-Generalversammlung über die Religions- und Glaubensfreiheit von Menschen auf der Flucht ging die Sonderberichterstatterin Nazila Ghanea ausdrücklich auf die Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen ein. Sie stellte fest: „...die Verweigerung des Militärdienstes aus Gewissensgründen steht im Zusammenhang mit der Religions- oder Glaubensfreiheit, und die Ablehnung dieser Verweigerung kann eine religiöse Verfolgung darstellen“ (Abs. 44).

Der Bericht unterstreicht auch die Herausforderungen, mit denen sich Kriegsdienstverweigerer im Asylverfahren konfrontiert sehen, darunter die „hohen Anforderungen und Last der Beweisführung“, die es Deserteuren und Wehrdienstverweigerern erschweren, den Flüchtlingsstatus zu erlangen.

In ihren Empfehlungen fordert die Sonderberichterstatterin die Staaten unter anderem auf

- den Grundsatz der Nichtzurückweisung aufgrund von Gewissen, Religion oder Weltanschauung, einschließlich Nichtglauben, zu achten (Abs. 71(o));

- den Zuständigen für Asylentscheidungen eine gründliche Schulung zu internationalen Best Practices, einschließlich der UNHCR-Leitlinien, anzubieten und sicherzustellen, dass sie mit den Risiken vertraut sind, denen Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen ausgesetzt sind (Abs. 71(p) & (r)).

Darüber hinaus fordert der Bericht unter der Überschrift „Leitfragen an die zuständigen Behörden“ die Staaten auf, Folgendes zu prüfen:

- Inwieweit ist das Recht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen im innerstaatlichen Recht verankert und wird es in der Praxis umgesetzt? (Absatz 70(b))

Diese Verweise stärken die Anerkennung der Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen nicht nur als Menschenrecht, sondern auch als dringendes Schutzanliegen für Flüchtlinge und Asylsuchende.

Bericht der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Be- kämpfung von Intoleranz⁽²⁾

Ein zweiter Bericht über die Bekämpfung von Intoleranz, negativen Stereotypen, Stigmatisierung, Diskriminierung, Aufstachelung zu Gewalt und Gewalt gegen Personen aufgrund ihrer Religion oder Weltanschauung hebt ebenfalls Entwicklungen im Zusammenhang mit der Kriegsdienstverweigerung hervor.

- In Litauen wurden 2024 Änderungen des Wehrpflichtgesetzes verabschiedet, um ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte umzusetzen, das sicherstellt, dass Personen, die aus

religiösen Gründen den Militärdienst verweigern, einen zivilen Ersatzdienst leisten können (Abs. 38).

- Zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter Conscience and Peace Tax International, betonten, dass bewährte Verfahren zur Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen auch ein wirksames Mittel gegen Intoleranz und Stigmatisierung religiöser oder weltanschaulicher Gemeinschaften sind (Abs. 39).

- Schwerwiegende Verstöße dauern an: Zeug*innen Jehovas berichteten, dass im April 2025 64 ihrer Mitglieder in Eritrea in Haft waren, von denen 21 angeblich allein deshalb entführt und inhaftiert wurden, weil sie aus Gewissensgründen den Militärdienst verweigerten (Abs. 39).

Warum dies wichtig ist

Diese Berichte bekräftigen, dass die Verweigerung des Militärdienstes aus Gewissensgründen ein anerkanntes Menschenrecht im Rahmen der Vereinten Nationen ist. Entscheidend ist, dass sie die Wehrdienstverweigerung mit dem Flüchtlingsschutz und dem Grundsatz der Nichtzurückweisung in Verbindung bringen und betonen, dass Verweigerern, die Verfolgung ausgesetzt sind, Sicherheit gewährt werden muss.

Für jene, die sich dafür einsetzen, sind diese Verweise wertvolle Instrumente: Sie können in politischen Dialogen, Asylverfahren und internationaler Lobbyarbeit herangezogen werden, um Regierungen dazu zu bewegen, das Recht auf

(1) <https://docs.un.org/en/A/80/205>

(2) <https://docs.un.org/en/A/80/287>



Wehrdienstverweigerung zu respektieren, echte Alternativen anzubieten und die Bestrafung von Verweigerern zu beenden. Indem

sie die Kriegsdienstverweigerung in die umfassendere Menschenrechtsagenda der Vereinten Nationen einbetten, stärken diese Be-

richte die Argumente für den Schutz von Kriegsdienstverweigerern überall, insbesondere in Kriegszeiten.

Dieser Bericht wurde von **Semih Salmaz** vom Right to Refuse to Kill Programm der War Resisters International verfasst und erschien ursprünglich online hier: <https://wri-irg.org/en/story/2025/conscientious-objection-highlighted-recent-un-reports>

Übersetzung Lucia Hämmerle mit Unterstützung von deepl.com

Erklärungen von Verweigerern

erschieden am 15.5.2025 zum Tag der Wehrdienstverweigerung

Netiwit Chotiphathaisai (Thailand)

Mein Name ist Netiwit Chotiphathaisai. Ich bin Kriegsdienstverweigerer aus Thailand.

In meinem Land gibt es immer noch die Wehrpflicht. Von jungen Männern wird erwartet, dass sie ihren Körper dem Staat zur Verfügung stellen, aber ich habe einen anderen Weg gewählt.

Ich habe die Wehrpflicht nicht aus Angst abgelehnt, sondern aus Überzeugung. Ich lehne die Vorstellung ab, dass Frieden nur durch Gewalt erreicht werden kann und dass Gehorsam wichtiger ist als das Gewissen.

Militaristische Werte durchdringen die thailändische Gesellschaft – nicht nur in den Kasernen, sondern auch in unseren Klassenzimmern, in unserer Politik und in der Art und Weise, wie jungen Menschen beigebracht wird, zu denken und sich auszudrücken. Diese Werte machen es schwierig, echte Bildung, Demokratie und Meinungsfreiheit zu erreichen.

Unser Ziel ist es, dieser Denkweise zu widerstehen und stattdessen zu sagen: Unser Leben sollte kein Werkzeug des Krieges sein, unser Geist sollte nicht von Angst geprägt sein.

An diesem Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung solidari-

sieren ich mich mit Kriegsdienstverweigerern auf der ganzen Welt – denen, die sich weigern zu töten, denen, die Mitgefühl über Konformität stellen. Unsere Haltung mag einsam, sogar gefährlich sein, ABER sie ist auch notwendig.

Denn Gewissen ist keine Schwäche. Es ist Stärke. Und es könnte der Keim für eine gerechtere und friedlichere Welt sein.

Kim Minhyung (Südkorea)

Ich bin Kim Minhyung, ein Kriegsdienstverweigerer aus Südkorea.

Heute, am Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerer, sind wir hier, um unsere Herzensanliegen – Frieden und Menschenrechte zu teilen. Die Verhängung des Kriegsrechts in Südkorea im Dezember 2024 war für uns ein bedeutender Moment. Damals waren es der passive Widerstand der südkoreanischen Soldaten und der gewaltfreie Widerstand der Bürger*innen, die entscheidend dazu beitrugen, das Kriegsrecht zu beenden. Dies hat uns deutlich gezeigt, welche Kraft wir haben, wenn wir solidarisch sind und gemeinsam Widerstand leisten.

Wehrdienstverweigerung ist nicht einfach eine individuelle Entscheidung, sondern ein kraftvoller Aufruf und eine Aktion für Frieden und

Menschenrechte. Wir sind fest davon überzeugt, dass wir Probleme durch Dialog und friedliche Mittel lösen können, nicht durch Gewalt.

Wenn wir unsere Stimmen vereinen, können wir ein größeres Echo erzeugen. Als ich die mutigen Aktionen jedes Einzelnen von Ihnen an Ihrem jeweiligen Ort und die vielen Menschen sah, die in Südkorea seit langem still und leise ihre Kriegsdienstverweigerung fortsetzen, konnte auch ich mich zu meiner Verweigerung entschließen. Ich möchte Ihnen allen aufrichtig danken. Ich werde auch in Zukunft solidarisch mit Ihnen allen stehen.

Was wir uns vorstellen können, können wir auch verwirklichen. Lasst uns also niemals aufhören, uns mehr Frieden vorzustellen.

Vielen Dank.

Diese und weitere Erklärungen von Kriegsdienstverweigerern erschienen zum Tag der Wehrdienstverweigerung am 15. Mai 2025 auf der Website der War Resisters' International unter <https://wri-irg.org/en/story/2025/refusing-kill-statements-conscientious-objectors>

Übersetzung Lucia Hämmerle mit Unterstützung von deepl.com



Aus unserer Leseliste



Ideen zum positiven Frieden.
Heinz Gärtner,
Delta Verlag,
Wien 2025,
ISBN 978-3-903229-50-1

Das Buch *Ideen zum positiven Frieden* von Heinz Gärtner gibt Einblicke in die Konflikte der Gegenwartsgeschichte.

U.a. beleuchtet er die Rolle der USA, welche seit ihrem Bestehen in ungefähr 400 militärische Interventionen verwickelt war, und seiner Präsidenten, von denen Jimmy Carter (1977-1981) der friedfertigste gewesen zu sein scheint. So gab er beispielsweise den Panamakanal an Panama zurück, nahm diplomatische Beziehungen mit China auf, unterzeichnete den Rüstungskontrollvertrag SALT II und wollte die Beziehungen zu Kuba normalisieren.

Ob Nuklearwaffen abschreckend wirken, wird von der zustimmenden und ablehnenden Seite her diskutiert, wobei die unüberschaubaren, verheerenden weltweiten Wirkungen einer nuklearen Auseinandersetzung angesprochen werden. Schon 1957 schlug der polnische Außenminister Adam Rapacki eine nuklearwaffenfreie Zone in Mitteleuropa vor. Als Beispiele nuklearwaffenfreier Zonen nennt der Autor Lateinamerika, Afrika, Zentralasien oder die Karibik.

Beim Nahostkonflikt sieht Heinz Gärtner in der Zweistaatenlösung die Zukunft, denn diese würde weitere Aufstände gegen die Besetzung verhindern. Je mehr Staaten einen Staat Palästina anerkennen, desto eher wird auch eine künftige israelische Regierung dieser Realität als für Israel beste Lösung zustimmen.

Der Krieg in Gaza ist einer von derzeit 120(!) militärischen Gewaltakten auf der Welt. Gärtner bringt Carl von Clausewitz Erkenntnisse ins Spiel, welcher festgestellt hat, dass Kriege nicht nur durch absolute Niederschlagung des Gegners, sondern auch durch Waffenstillstände oder Friedensschlüsse ein Ende finden.

Am Höhepunkt des Kalten Krieges wurde die Helsinki Schlussakte 1975 formuliert, in denen abwertende Ausdrücke wie Feind, Gegner, Rivale, Konkurrent oder Herausforderer vermieden wurden. Der Schwerpunkt lag auf kooperativer und gemeinsamer Sicherheit.

Völkerrechtlich vereinbarte Neutralität, wie das in Österreich der Fall

ist, im Unterschied zu Schweden und Finnland, die mittlerweile der NATO beigetreten sind, ermöglicht(e) eine aktive Neutralitätspolitik, die z.B. zum Gipfeltreffen zwischen Jimmy Carter (USA) und Leonid Breschnew (Sowjetunion) zur Unterzeichnung des SALT II Abkommens 1979 in Wien führte.

Auch für Nord- und Südkorea wäre eine Vereinigung als völkerrechtlich verbindlicher neutraler Staat Korea vorstellbar, welcher geopolitisch als Pufferzone zwischen den unterschiedlichen Großmachtinteressen fungieren könnte.

Gegen Ende des Buches schreibt Gärtner: „Dauerhafter und positiver Friede ist mehr als die negativ definierte Abwesenheit von Gewalt und Krieg. Er baut auf kooperativen Strukturen zwischen Staaten und Organisationen sowie auf sozialer Verteilungsgerechtigkeit innerhalb der Staaten. ... Friede ist ein Prozess und kann nur teilweise erreicht werden.“

Gelesen von Paul Bertram



BUCHEMPFEHLUNG

Thomas Roithner

Granaten, Geld, Gewaltverbot

Neutralität, Europäische Union, Friedenspolitik, erschienen: 2025

Wer handelt welchen Frieden?
Was macht die Neutralität so wertvoll?
Wie erklärt sich die massive Aufrüstung? Wo gibt es Hoffnung bei atomarer Abrüstung?

ISBN: 978-3-99165-933-4 (Softcover),
978-3-99165-921-1 (Hardcover),
978-3-99165-922-8 (E-Book)



DVR 0583031

Österreichische Post AG
MZ 02Z032555 M
Int. Versöhnungsbund, Ledererg. 23/3/27, 1080 Wien

Ich weiß nicht, was der Staat dir
erzählt hat, aber das ist auch egal.
Alles, was ich dir sagen will,
ist, du hast eine Wahl.

aus dem Lied: Soldat
Von ok.danke.tschüss

Spinnrad 